

Macron gegen Neuaufnahmen am Westbalkan

Kurze Rückblende ins Frühjahr 2017:

Bei der Wahl zum Präsidenten der französischen Republik droht ein Rechts-Ruck. In Frankreich schickt sich die populistische Rechts-Außen-Gruppe Front National um Marine Le Pen an, das Amt des französischen Staatspräsidenten zu erobern. Bei diesem Gedanken stellt es den Mitbewerbern und insbesondere den übrigen Mitgliedsländern in der EU buchstäblich „die Haare auf“. Schließlich wirbt Frau Le Pen mit einem „Raus aus dem EURO“!

Dass es dann schlussendlich doch nicht so gekommen ist, hat man ausschließlich dem unerbittlichen Visionär Macron zu verdanken. Dieser zog mit berechtigten aber kühnen EU-Reform-Vorschlägen in die Präsidentschafts-Wahlauseinandersetzung wurde aber auf halber Strecke von den wichtigsten EU-Partnern (Deutschland) im Stich gelassen. Die Wähler in Frankreich glaubten allerdings doch an die Visionen Macrons und vereitelten so einen kapitalen „Durchmarsch“ Le Pens.

Dies zu den doch faktenbasierten Erfolgen bzw. Verdiensten Macrons. Was ihn aber derzeit umtreibt, so beharrlich gegen Aufnahmegespräche mit den Ländern Nord-Mazedonien und Albanien aufzutreten, ist schwer nachvollziehbar. Mag schon sein, dass derzeit vielen verantwortlichen EU-Größen eine Art BREXIT-Syndrom im Magen liegt.

Allerdings wäre es höchst an der Zeit, allen Ländern des Westbalkans also Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Nord-Mazedonien, Montenegro und Serbien konkrete Aufnahme-Perspektiven anzubieten.

Als beispielsweise im Jahre 1981 Griechenland in die EU aufgenommen wurde, müssen wohl andere geopolitisch notwendige Gründe (wichtige NATO-Stützpunkte??) ausschlaggebend gewesen sein..... Ein sich anbietender Vergleich in Bezug auf wirtschaftliche Stabilität der derzeitigen Anwärter mit dem damaligen Griechenland dürfte wohl klar zu Gunsten der aktuellen Bewerber des Westbalkans ausfallen.

Es wäre ein fataler Fehler, die Beitrittsgespräche mit den betreffenden Ländern des Westbalkans auf die lange Bank zu schieben. Der Balkan, im Gegensatz zur Türkei, ist Teil unserer Kultur und als wirtschaftlich rasant wachsende Region im Herzen EUROPAS unverzichtbar für die EU.